

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Prof. Dr. Michael Kaufmann und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/1205 –

Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler aus Deutschland (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/481)

Vorbemerkung der Fragesteller

In ihrer Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD „Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler aus Deutschland“ auf Bundestagsdrucksache 20/481 bekundete die Bundesregierung, dass die geografische Nähe zu Deutschland und die dadurch bedingte Erleichterung einer Aufrechterhaltung von persönlichen Netzwerken es erleichtern würden, besonders leistungsfähige Forscher aus Deutschland, die nach Dänemark, Schweden oder Österreich abgewandert sind, zurückzugewinnen. Dies wurde aus Sicht der Fragesteller von der Bundesregierung allerdings nicht belegt und widerspricht in deren Augen zudem den Ergebnissen der Studie „Return migration of German-affiliated researchers: Analyzing departure and return by gender, cohort, and discipline using Scopus bibliometric data 1996–2020“ (2021) des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR), wonach der Anteil der Rückkehrer unter den in diese Länder abgewanderten Forschern bei unter 25 Prozent liegt, in Kontrast beispielsweise zum Anteil der Rückkehrer aus den USA von 34 Prozent (<https://arxiv.org/pdf/2110.08340.pdf>, S. 12 f.).

Daraus ergibt sich in den Augen der Fragesteller die Frage, ob die Bundesregierung belegen kann, dass besonders leistungsfähige deutsche Forscher aus den genannten Ländern oder aus anderen Ländern in geografischer Nähe mit überdurchschnittlich geringem Aufwand oder in überdurchschnittlich hoher Zahl zurückgewonnen werden können.

1. Kann die Bundesregierung die Ausführung in ihrer Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/481 belegen, gemäß der besonders leistungsfähige deutsche Forscher, die nach Dänemark, Schweden oder Österreich abgewandert sind, aus den genannten oder aus anderen Ländern in geografischer Nähe im Vergleich mit besonders leistungsfähigen Forschern, die in geografisch signifikant weiter entfernte Länder abgewandert sind, mit überdurchschnittlich geringem Aufwand oder in überdurchschnittlicher Zahl zurückgewonnen werden können?

2. Wenn Frage 1 bejaht wird, welche Belege kann die Bundesregierung hier mit Blick auf ihre o. g. Ausführung im Einzelnen anführen (bitte auch erläutern, woraus die Bundesregierung ableitet, dass diese Belege ihre Auffassung stützen)?
3. Wenn Frage 1 verneint wird, wie begründet die Bundesregierung in diesem Fall ihre Auffassung, dass besonders leistungsfähige deutsche Forscher, die nach Dänemark, Schweden oder Österreich abgewandert sind, aus den genannten oder aus anderen Ländern in geografischer Nähe im Vergleich mit besonders leistungsfähigen Forschern, die in geografisch signifikant weiter entfernte Länder abgewandert sind, mit überdurchschnittlich geringem Aufwand oder in überdurchschnittlicher Zahl zurückgewonnen werden können?

Die Fragen 1 bis 3 werden im Zusammenhang beantwortet.

Der Bundesregierung sind keine Analysen bekannt, die eine eindeutige Aussage darüber zulassen, ob es zwischen Forschenden in benachbarten und geografisch signifikant weiter entfernten Ländern von vornherein Unterschiede in der immanenten Rückkehrbereitschaft gibt oder ob die vielfältigen Rückkehroptionen unterschiedlich gut wahrgenommen werden. Die Bundesregierung hat sich deshalb zu der Frage, ob besonders leistungsfähige deutsche Forscher aus den genannten Ländern oder aus anderen Ländern in geografischer Nähe zurückgewonnen werden können, nicht abschließend geäußert. Sie hat lediglich darauf hingewiesen, dass die geographische Nähe es den im benachbarten Ausland tätigen Forschenden erleichtert, ihre Netzwerke in Deutschland aufrechtzuerhalten und sie durch direkten persönlichen Austausch (z. B. auch in Form von Kurzaufenthalten in Deutschland bzw. im jeweiligen Nachbarland) und fachliche Kooperationen (z. B. im Rahmen gemeinsamer EU-Forschungsprojekte) zu stärken.